

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/49. Jahrgang

Juni 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Parkgebühren Messeplatz: Abzocke statt Verkehrspolitik

Anfang Juni ist es soweit: Im Bereich rund um den Messeplatz und die Ringallee werden alle Parkplätze gebührenpflichtig. Anwohner, Schüler, Studenten, Besucher von Schwimmbad, Gärten und Park werden für das Abstellen ihrer Autos zur Kasse gebeten.

Besonders hart ist das für die Berufsschüler, die meistens wenig Geld haben und gezwungen sind, an einem Tag der Woche dorthin zu fahren und oft keine Alternative zum Auto haben. Nach Aussagen des Stadtrats Neidel (CDU) soll das nur der Anfang sein, nach und nach soll nirgends mehr in Gießen ein Kraftfahrzeug kos-



tenlos im öffentlichen Raum abgestellt werden können. Zum Zwecke der Verkehrslenkung und der Minderung der schädlichen Auswirkungen des motorisierten Individualverkehrs könnte es durchaus sinnvoll sein, Autofahrer

zu machen. Dann aber müssten Alternativen angeboten werden wie viel besserer öffentlicher Nahverkehr und schnell-

le, sichere Wege für Radfahrer. Davon ist in Gießen wie fast überall nichts zu bemerken. Die Parkgebühren dienen einzig und allein der Füllung der Stadtkassen und sind deswegen abzulehnen und zu bekämpfen. Gernot Linhart



Strabs in Hessen bleiben - vorerst?

Die schwarz/grüne Koalition im Landtag beschloss mit Unterstützung der FDP am 24. Mai: Die Straßenausbaubeiträge (Strabs) bleiben, die Kommunen sind lediglich nicht mehr verpflichtet, sie zu erheben; außerdem sollen wiederkehrende (statt einmalige) Strabs gefördert werden. Die Hauseigentümer sollen also weiterhin blechen, nur nicht alles auf einmal. Und die Ratenzahlung kann gestreckt werden – auf bis zu 20 Jahren, d.h. bis die nächste Sanierung fällig ist. Weiterer Druck bis zur vollständigen Abschaffung ist also notwendig! (s. S. 3)

Inhalt:

Orwellsches Polizeigesetz/Ängste	S.2
Wasser teuer/Strabs/Spielplatz	S.3
Keine Grundrechte bei Hartz-IV	S.4
Basteien an Hessischer Verfassung	S.5
Geschichte der DKP Gießen (Teil 3)	S.6
68er Bewegung und Lehrlinge	S.7
Termine/KP Israel zum Gazamassaker	S.8



Anlässlich des Globalen Aktionstages gegen die türkische Invasion in Kurdistan demonstrierten am 26. Mai rund 200 Menschen in Gießen. Aufgerufen hatte das Gießener Bündnis für Frieden in Afrin. Die Demonstranten forderten ein Ende des völkerrechtswidrigen Krieges der Türkei und den sofortigen Stopp deutscher Waffenlieferungen an das türkische Regime. Sie prangerten die verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit an und bekundeten ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern. R.G.

Für Frieden und Sozialismus!



Bayerisches Polizeiaufgabengesetz: Vorbild für den Marsch in den Orwellschen Staat

Am 15. Mai 2018 hat die CSU-Mehrheit im bayerischen Landtag das neue Polizeiaufgabengesetz mit 89 zu 67 Stimmen gegen SPD, Grüne und Freie Wähler durchgesetzt. Die nach 1945 von den Alliierten durchgesetzte Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei im besiegten Deutschland war die Reaktion auf die Erfahrungen mit der „Geheimen Staatspolizei“. Diese Trennung wurde seit den 1990er Jahren mehr und mehr ausgehöhlt. Die Exekutive darf künftig präventive Ermittlungen ohne konkrete Hinweise auf Straftaten führen – damit kann die Polizei nun wie der Verfassungsschutz agieren. Die CSU schöpft den Begriff der „drohenden Gefahr“ voll aus. Der Gesetzentwurf wendet ihn

„auf beinahe sämtliche polizeilichen Befugnisse“ an, sagte der Sachverständige Markus Löffelmann, Richter am Landgericht München. Das Gesetz kommt einem Ausbau der Polizei zum Nachrichtendienst gleich. Zudem wird die Bewaffnung der Polizei mit Kriegswaffen wie Handgranaten eingeführt. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Entwicklung in Sachsen, wo Militär-LKWs mit MGs ausgerüstet werden sollen. Künftig können ohne konkreten Ver-

dacht Post von Verdächtigen beschlagnahmt, die Telekommunikation abgehört, IT-Systeme durchsucht, die erweiterte DNA-Analyse durchgeführt und V-Leute eingesetzt werden. Selbst der GdP-Vorsitzende Oliver

Malchow würden »überzogene Eingriffsmöglichkeiten« positive Ansätze konterkarieren. Malchow weist nebenbei auf die größte Gefahr bei diesem Gesetz hin. Die Innenministerkonferenz dürfe das Ziel eines Musterpolizeigesetzes, das deutschlandweit für einheitliche Standards sorgen soll, nicht aus den Augen verlieren, so Malchow.



Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den sogenannten „Terrorismus“ verschmelzen Geheimdienste und Polizei mehr und mehr. Das bayerische Polizeiaufgabengesetz liefert dafür die Blaupause. Es geht nicht mehr um die Verfolgung konkreter Straftaten, sondern die

Malchow kritisiert die CSU. Polizeiarbeit sei »nur auf einer soliden Vertrauensgrundlage in der Bevölkerung möglich«, erklärte Malchow. Es dürfe keine Verunsicherung über die Befugnisse der Polizei geben. In diesem Ge-

gesamte Gesellschaft besteht grundsätzlich aus „Gefährdern“, die es nicht nur zu überwachen gilt, sondern die auf unbestimmte Zeit ohne Beweise auf Verdacht eingesperrt werden können. Henning Mächerle

Orte, die Angst machen? Zeitungen, die Ängste schüren!

Irgendwie muss ja die immer martialischere Polizeipräsenz – auch in Gießen – gerechtfertigt werden. Zwar ist die Kriminalität in Gießen zurückgegangen, in Hessen auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren gefallen und selbst Innenminister Seehofer musste einräumen, dass die Kriminalität bundesweit rückläufig ist. Da muss man sich etwas einfallen lassen. Plötzlich wird in der Presse über zunehmende Gewalt an Schulen geklagt. Laut Fakten ist auch sie jedoch kontinuierlich zurückgegangen. Sie sank von 422 Strafanzeigen 2008 auf 351 (2011) und betrug im letzten Jahr 325.

In der Presse wird jedoch die Kriminalität regelrecht herbeigeredet. Ein besonders herausragendes Beispiel von Angstmacherei brachte die Allgemeine mit der Überschrift „Orte, die Angst machen“ über eine Bürgerversammlung im Nordviertel, auf der über schlechte Beleuchtung und den Gehweg zum Parken Autos geklagt wurde. Und tatsächlich berichtete eine Teilnehmerin, dass sie angegriffen worden sei. Es sollen Kurse angeboten werden, wie man sich schützt...

Ein Problemgebiet ist das Nordviertel jedoch nicht, „gefährlicher“ ist eher die Innenstadt oder der Bahnhof, sagt die Polizei. Aber dennoch gilt, dass insgesamt die Straftaten zurückgegangen sind.

Das „subjektive Sicherheitsgefühl“, von dem viel die Rede ist, wird schrittweise abgebaut – nicht zuletzt durch den Aufmarsch bewaffneter Polizisten mit schusssicheren Westen in der Fußgängerzone.

20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

**KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA**

CALUM BAIRD + KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER + JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.
KLEZMER + PUNK
LIEDERMÄCHER
RUMBIA + SKA

THEATER + LESUNGEN
FLOHMARKT + KINDERFEST
BÜCHERMARKT + DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN + FILME
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund



Wasser- und Abwassergebühren: Stadtparlament als Ja-Sager

Die Stadt Gießen verdient seit Jahrzehnten Millionen am Geschäft mit Wasser und Abwasser. Betreibt ein privatwirtschaftlich organisierter Betrieb (wie die Stadtwerke AG) ein solches Monopolgeschäft, wird die Preiskalkulation vom Kartellamt kontrolliert. Um dieser Kontrolle, die in vielen Städten zu Preissenkungen und Rückzahlungen geführt hat, zu entgehen, wurde das Wassergeschäft vor einigen Jahren von den Stadtwerken abgetrennt und der kommunale Betrieb Mittelhessische Wasserbetriebe (MWB) gegründet. Dadurch wurde das Stadtparlament zur Kontrollinstanz. Damit aber wird der Bock zum Gärtner gemacht, denn die meisten Stadtverordneten vertreten nicht die Interessen der Bürger,

sondern die der Stadtkasse. Mit der Begründung, es stünden Investitionen in Millionenhöhe an, beantragte der Magistrate eine Erhöhung der Grundgebühren für Wasser um 25% und für Abwasser um 65%. Das Stadtparlament, mit Ausnahme der Fraktion der Gießener Linken, stimmte zu. Wegen der seit langem zu hohen Gebühren konnten die MWB sehr hohe Rücklagen bilden, neben den regelmäßigen Gewinnabgaben an die Stadtkasse in Millionenhöhe. Die anstehenden Investitionen können problemlos aus diesen Rücklagen finanziert werden. Wenn die Stadtverordneten ihren Kontrollaufgaben nachkämen, könnten die Gebühren gesenkt statt erhöht werden.

Gernot Linhart

SPD und Strabs: Das Fähnlein nach dem Wind?

Als im Februar Michael Beltz für die Gießener Linke im Stadtparlament beantragte, die „Strabs“ (Straßenausbaubeiträge) abzuschaffen, gab es großes Geschrei: Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Nübel wäre das gefährlich und unterstütze die „Großgrundbesitzer“, CDU-Fraktionsvorsitzender Möller befürchtete „Kommunismus“ und OB-Grabe-Bolz beharrte auf den (selbst beschlossenen) „Sachzwängen“. Letztlich stimmte nur die Linksfraktion für den Antrag. Inzwischen hat sich der Wind gedreht, der Widerstand wächst in ganz Hessen. Da hat sich auch die SPD gedreht. Die Wahlen im Auge, ist sie

nun plötzlich auch im Landtag für die Abschaffung, ebenso die SPD in Lützellinden, wo die Anlieger der Bitzenstraße sich seit Monaten dagegen wehren, Tausende Euro für die Strabs blechen zu müssen. Dieser Sinneswandel wird erklärlich, wenn man die jüngsten Wählerumfragen in Hessen kennt, danach würde die SPD fast 7% verlieren – und die CDU fast 6%. Da geht es um viel Geld, zwar nicht um das Geld der Straßenanlieger, sondern um das Geld von Abgeordneten. In ihrer gemeinsam getragenen Politik nach dem Motto „Sparen bei Armen statt Streichen bei den Reichen“

sind sich „Regierung“ und „Opposition“ stets einig, mit wechselnden Rollen. Die Tatsache, dass es heute 40% der Bevölkerung schlechter geht als vor 20 Jahren, spricht Bände, spielt aber in der Groko keine Rolle – und in den Jamaika-Verhandlungen auch nicht. Das muss bei bevorstehenden Wahlen vertuscht werden. Und so könnte es tatsächlich mit entsprechendem Druck gelingen, die Strabs in Hessen zu Fall zu bringen – die DKP ist dabei! Auch in Bayern wurden sie jetzt – um dem Sieg eines Bürgerentscheids zuvorzukommen – gestrichen.

Kinderspielplatz Ringallee

Der Kinderspielplatz „4 Schollen“ an der Ringallee – von der Stadt als Attraktion der Landesgartenschau 2014 angepriesen – hat sich bei Kindern selten bewährt. In einer Umfrage einer Gießener Zeitung von 2016 bekommt er durchweg schlechte Noten. Was wollen die auch mit verwitterten Holzkisten, segelartig aufgestellten grünen Holzplatten oder einem Papagei im Käfig anfangen. Bewegungslandschaften zum Toben und phantasiereichen Spielen, wie das der Gartenschau geopfert Schiff, sind kindgerechter. Dies will aber nicht der Ausschuss für Soziales – nicht aus Überzeugung, sondern wegen des Fraktionszwangs. Der Antrag zur Erneuerung und Verbesserung des Spielplatzes von Martina Lennartz (Gießener Linke/DKP) wurde trotz inhaltlicher Zustimmung abgelehnt. Die Bürgerinitiative Wieseckau und die „Gießener Linke“ werden am Ball bleiben – nicht nur im Parlament. M. Berger



Keine Grundrechte für Hartz-IV-Bezieher

Für Hartz-IV-Bezieher ist es ein Kampf ums blanke Dasein – für das Jobcenter perfides Spiel mit den Ärmsten.

1. Akt: Für einen Hartz-IV-Aufstocker werden die Heizkosten nicht mehr voll übernommen (wozu das Jobcenter verpflichtet ist!). Er hatte sich geweigert, auf Öl umzustellen, nachdem das Jobcenter ihm nicht die volle Erstattung garantieren wollte. Die monatliche Belastung der Kürzung beträgt rund 100 Euro. Das Klageverfahren läuft.

2. Akt: Sein Antrag auf Kostenübernahme für einen neuen Gasherd (der

alte war kaputt) wurde abgelehnt; er erfülle nicht die Kriterien für „einmalige Leistungen“. Die Kosten zur Anschaffung eines neuen Herdes seien im Regelsatz pauschal enthalten (das sind 26 Euro im Monat für die gesamte „Innenausstattung, Haushaltsgeräte und –gegenstände“). Das Widerspruchsverfahren läuft.

3. Akt: Da er nun keine Möglichkeit mehr hat, sich zu Hause eine warme Mahlzeit zuzubereiten, stellte er einen Antrag auf Verpflegungsmehraufwand. Der wurde abgelehnt. Das Widerspruchsverfahren läuft.

4. Akt: Das Jobcenter bot ihm großzügig ein Darlehen an, dessen Rückzahlung er – wie sonst? – aus seinem Regelsatz bezahlen sollte. Dies bezeichnete der Betroffene in seinem Widerspruchsschreiben verständlicherweise als „hirnrissig und nicht nachvollziehbar“. Er weist darauf hin, dass das Jobcenter verpflichtet ist, die Kosten für Warmmiete, Verpflegung und Kleidung abzudecken und dafür nicht extra ein „Darlehen“ aufgenommen werden müsse. Das käme einer ungerechtfertigten Kürzung (Sanktion) gleich und bedeute darüber hinaus im Umkehrschluss, dass einem Vollzeitbeschäftigten im Hartz-IV-Bezug keine warme Mahlzeit zusteht.

5. Akt: Das Jobcenter wurde gefragt, ob es denn auch ein Darlehen gewähre, wenn selbst eine Ratenzahlung von 0,01 Euro zu hoch sei, weil (siehe 1. Akt) bereits die Heizkosten größtenteils selbst bezahlt werden müssen? Es wurde weiter gefragt, wo im SGB II stünde, dass einem keine Kochgelegenheit und damit keine warme Mahlzeit zustünden?

6. Akt: Am 2.5.18 (Vorsicht Ironie!) stellte der Betroffene einen Antrag auf ein Darlehen in Höhe 900 Trilliarden, kurzfristig mindestens 100 Millionen Euro, „um auf alle Eventualitäten gewappnet zu sein“, darüber, so schreibt er, werde jedoch - in Anbetracht der laufenden unzähligen Untätigkeitsklagen - vermutlich erst nach seinem Ableben entschieden...



Nachtrag

Schneller als erwartet und knallhart wie erwartet kam die Ablehnung:

Es gibt kein Geld für den Gasherd, kein Geld für dessen Anschluss (330 Euro), kein Geld für Berufskleidung und Arbeitsschuhe, keine Übernahme von Rezeptgebühren und es gibt auch kein Darlehen. Punkt. Dies alles sei im Regelbedarf (417 Euro im Monat) enthalten, und weiter: „Bei meiner Ermessensentscheidung habe ich Ihr Interesse mit der Verpflichtung des Jobcenters zur wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung sorgfältig abgewogen.“

Außerdem muss der Betroffene weiter monatlich 100 Euro an Heizkosten selbst bezahlen, die das Jobcenter ihm widerrechtlich vorenthält.

Diese schreiende Ungerechtigkeit ist die tägliche Praxis der Jobcenter, die den Ärmsten nicht mal das Nötigste zum Leben lassen und sie mit unmenschlichen und arroganten Maßregelungen drangsalieren.

Auf die Frage, wo der Betroffene das Geld dafür hernehmen soll, gibt's keine Antwort, auch nicht darauf, wie es mit der im Grundgesetz garantierten Menschenwürde vereinbar ist, dass einem Hartz-IV-Empfänger kein Herd und damit keine warme Mahlzeit zugestanden wird.

Während hier höhnisch von „wirtschaftlicher und sparsamer Mittelverwendung“ geredet wird, werden Milliarden für Rüstung und Kriege zum Fenster rausgeworfen und gleichzeitig die obszönen Reichtümer der Herrschenden nicht angerührt. - Übrigens: Der Betroffene ist seit 15 Jahren Hartz-IV-Aufstocker und genauso lange in Vollzeit berufstätig.



Basteleien an der Hessischen Verfassung

Über sage und schreibe 15 Änderungen der Hessischen Verfassung soll bei den Landtagswahlen mit abgestimmt werden. Darunter Ernsthaftes wie die Herabsetzung des Alters für passives Wahlrecht oder die Erleichterung von Volksbegehren, Fragwürdiges wie das Bekenntnis zur EU und viel Entbehrliches wie Sport, Nachhaltigkeit, Kultur, Ehrenamt und die Stärkung der Infrastruktur – dafür müsste keine Verfassung geändert werden. Auch mit der „Gleichberechtigung“, die bereits im Grundgesetz verankert und dennoch nicht verwirklicht ist, kommt man dadurch keinen Schritt weiter. Beinahe ärgerlich ist die Augenwischerei mit den „Kinderrechten“.

Das Armutsrisiko für Kinder und Jugendliche liegt in Hessen bei 21%, Tendenz steigend. Das heißt jedes fünfte

Kind ist ausgegrenzt, mangelernährt und perspektivlos. Und dann reden die hierfür politisch Verantwortlichen von „Kinderrechten“, über die die Wähler entscheiden und dabei glauben gemacht werden sollen, das wäre Demokratie.

Diese Vorspiegelung von demokratischer Mitwirkung scheint ein Zweck der Verfassungsänderungen zu sein, der von der Tatsache ablenkt, dass

die Wähler zwar ihr Kreuz machen, aber rein gar nichts entscheiden können.

So wird die Hessische Verfassung beliebig, mal hier geändert, mal da ergänzt – und das mit einem ungeheuren Aufwand, weil jedes Mal ein Volksentscheid dafür eingeholt werden muss. Da drängt sich doch der Gedanke auf, das Verfahren zu vereinfachen und beschließen zu lassen, dass nicht bei jeder Änderung alle zustimmen müssen. Dann heißt es: Das kann man doch künftig den gewählten Parlamentariern überlassen.

Und die hätten dann freie Hand, die Hessische Verfassung nach dem Willen der Herrschenden zu verändern – und sie von allem sozialen, demokratischen und pazifistischem Ballast zu befreien.

Erika Beltz



Dies steht u. a. in der Landes-Verfassung - bis heute missachtet:

Art. 28 [Recht auf Arbeit und Fürsorge]

(1) Die menschliche Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Staates.

(2) Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit.

Art. 35 [Sozialversicherung; Gesundheitswesen]

(1) Es ist eine das gesamte Volk verbindende Sozialversicherung zu schaffen.

Art. 41 [Sozialisierte Unternehmen]

(1) Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen.

Art. 69 [Frieden, Freiheit und Völker-

verständnis]

(1) Hessen bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist geächtet.

(2) Jede Handlung, die mit der Absicht vorgenommen wird, einen Krieg vorzubereiten, ist verfassungswidrig.

Art. 147 [Widerstandspflicht]

(1) Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht.

Vernebelungstaktik

Wer wissentlich und öffentlich die Unwahrheit von sich gibt, darf nicht vergessen, an welcher Stelle er gelogen hat. Das muss auch Noch-Bürgermeisterin Weigel-Greulich (Grüne) lernen. Anfang Oktober sprach sie in der Hessenschau von 1 Million Euro, welche die Stadt Gießen für die Landesgartenschau 2014 aus Steuergeldern verplempert hat.

Sieben Monate später ist schon von 2 Millionen Zuschuss in der Gießener Presse die Rede. Und das ist sicher noch nicht der Endpunkt. Wie kommt das? Offensichtlich zahlt sich jetzt die Hartnäckigkeit der „Gießener Linke“ im Stadtparlament aus. Die detaillierten Fragen zur LaGa-Abrechnung von Michael Janitzki (Linkes Bündnis) und die Fragen von Martina Lennartz (DKP) zur Wieseckau machen die Stadtverantwortlichen nervös. Gut, dass es diese einzige Fraktion im Parlament gibt, die hinter "Vergesslichkeit" politisches Kalkül vermutet. Damit man draußen sieht, wie drinnen im Rathaus Steuergelder verzockt werden!

M. Berger



50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Teil 3)

Die 80er Jahre waren geprägt von Massenprotesten und Arbeitskämpfen, die heute unvorstellbar scheinen. Mehr als 4 Millionen Menschen widersetzen sich mit dem Krefelder Appell der von Kanzler Schmidt (SPD) geplanten Stationierung neuer Atomreaktoren. In Bonn fand anlässlich des Reagan-Besuchs im Juni 1982 mit 400.000 Teilnehmern (über 2.000 aus Gießen) die größte Demonstration der BRD statt. Dennoch stimmte 1983 Kanzler Kohl der Stationierung zu.

Aber die Friedensbewegung kämpfte weiter. Zu den Kommunalwahlen 1985 trat das Personenbündnis Friedensliste an (Kandidaten s. unten). Mit



knapp 3% wurde der Einzug ins Parlament verpasst. Die SPD stellte mit M. Mutz den OB und koalierte mit den Grünen. Unter dem Druck der Friedensbewegung erklärte das Stadtparlament 1985 Gießen zur atomwaffenfreien Stadt und trat der von Hiroshima und Nagasaki initiierten Städtepartnerschaft zur vollständigen Abschaffung aller Atomwaffen bei. Dieser Beschluss wird bis heute ignoriert und nirgendwo erwähnt; auf Druck der DKP hat Mutz wenigstens die japanischen Städte darüber informiert. Weitere Maßnahmen unterblieben, weswegen die DKP am 6. 12. 1989 den Hiroshima-Platz (vor Horten) benannte.

Vorgänger von Mutz war CDU-OB Görnert, in dessen Amtszeit 1981 im Flutgraben mehrere Häuser abgerissen wurden (Möbel-Sommerlad brauchte Platz), von denen eines noch bewohnt war. Dieser Skandal hatte Folgen. Nach einem Konzert der „bots“ in den Hessenhallen kam es zu einer nächtlichen Demonstration, wo auch Steine flogen; Szenen davon sind in einem „Tatort“ zu sehen.

Wegen des Plans von OB Görnert und Bgm. Beyer, auf dem Brandplatz ein Hotel mit Tiefgarage zu errichten, entstand mit der Bürgerinitiative „Was soll aus dem Brandplatz werden“ eine der ersten Gießener BIs. Sie brachte

das Vorhaben zum Scheitern.

In allen Auseinandersetzungen hat die DKP Gießen, die in diesen Jahren über 200 Mitglieder hatte, entscheidend mitgewirkt – auch mit den mehr-tägigen Volksfesten in Wieseck mit Künstlern wie u.a. Klaus Lage, den bots, Dollar Brand, Karate und Ina Deter, an denen tausende Besucher teilnahmen.

Sie unterstützte die Kollegen in den Gießener Metallbetrieben in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze und um die 35-Stunden-Woche. Am Betriebstor war das Gießener Echo begehrt. 1985 wurde Bänninger von einem US-Konzern geschluckt, es folgte der Verkauf von Heyco an die Moon-Sekte und 1988 der von Minox. Die Beschäftigten im Einzelhandel streikten gegen den „Dienstleistungsabend“ und den verkaufsoffenen Sonntag, den der SPD/Grüne-Magistrat erstmals 1988 zum „Krämermarkt“ einführte.

Immerhin hat dieser Magistrat auch in einer Feierstunde 1987 die Goldene Ehrennadel an die Kommunistin Ria Deeg überreicht für ihre großen Ver-

dienste im antifaschistischen Widerstand.

Darüber hinaus verweigert der heutige Magistrat jede weitere Würdigung (wie z.B. Straßenbenennung) und hat mit der Verlängerung der Frist, der Lex-Ria-Deeg, dem auf Jahren ein Riegel vorgeschoben.



DKP-Plakatwand in Gießen

Antifaschistischer Kampf ist und war notwendig; während heute NPD und AfD hetzen, trieben damals vor allem auch Alt-Nazis ihr Unwesen: in Staufenberg huldigten sie dem faschistischen Immelmann-Geschwader, in Kloster Arnsburg traf sich die

HIAG (SS-Nachfolge) am Volkstrauertag und in Gießen kam es regelmäßig zu Auseinandersetzungen um das Greifdenkmal an der Licher Straße.

Antifaschisten protestierten stets vor Ort, inzwischen sind nicht nur die Immelmann-Stukas verschwunden, sondern auch der Greif-Vogel.

Der Umgang der Kommunen mit dieser NS-Verherrlichung bleibt jedoch skandalös. Es war ein jahrelanger Druck notwendig, bis das Denkmal für die Opfer des NS-Regimes, das heute vor dem Rathaus steht, 1987 errichtet wurde. Erika und Michael Beltz

Kandidaten der Friedensliste: Tilmann Kissenkoetter, Christina Thies, Axel Brück, Peter Zerche, Vroni Berkenkamp-Gehner, Karin Grau, Horst Valentin, Reinhard Hamel, Sabine Deubel, Gerhard Zimmermann, Yvonne Rückert, Andreas Fröhlich, Silvia Wirth, Rudolf Fischer, Heidi Lessig, Michael Beltz, Edith Teiwes, Erwin Schulz, Anneliese Huber, Helmut Appel, Gertrud Richter, Gabi Linder, Dr. Ulrich Bolz, Angelika Hansohn, Joachim Drescher, Toska Graebner, Petra Kirchhain, Joachim Thommes, Elisabeth Wagenbach, Eberhard Kuhne, Barbara Melischko, Anke Stimpel, Brigitte Nink-Grebe, Uwe Söhngen, Dagmar Traxel, Wilfried Bieniek, Marianne Rösner-Mes-sik, Holger Schenk, Sigrid Götz, Hans-Jürgen Kill, Klaus Traxel, Dora Kersten.



Feierstunde zur Verleihung der Goldenen Ehrennadel an Ria im Saal des Stadtparlaments, in der ersten Reihe von rechts: Michael Beltz, Heide Appel, Egon Momberger, Iris Becker, Ria Deeg, Frank Pötter, Anton Kaiser, Wienke Zitzluff, ?, Volker Hamann.

68er Bewegung? Auch wir Lehrlinge waren dabei!

2018 wird ein besonderes „Jubiläum“ gefeiert: Die Rebellion an den Unis wird 50 Jahre alt. Die Gießener Tageszeitungen berichten jedoch nur aus Sicht der studentischen Akteure. Es wird bewusst vergessen, dass ab 1966 bundesweit junge Lehrlinge auf die Straße gingen. Sie forderten mit Slogans wie „*Brauchst nen billigen Arbeitsmann, dann schaff dir einen Lehrling an*“ eine bessere Ausbildung und damit verbunden eine Änderung des Berufsbildungsgesetzes.

Unterstützung gab es seinerzeit nur von der in der Gründungsphase befindlichen DKP. Auch in Gießen gab es ab 1967 eine Lehrlingsgruppe, die schon sehr früh in den Gewerkschaften aktiv wurde und als Jugendvertretungen in einigen Betrieben präsent war. Bei den Demos gegen den Vietnamkrieg und die Notstandsgesetze gingen viele Jungarbeiter und Lehrlinge mit auf die Straße und lieferten sich erste Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht.

Wir waren in dieser Zeit alle sehr wissbegierig und durch ältere Genossen aus der DKP wurde zum ersten Mal Bekanntschaft gemacht mit einem gewissen Karl Marx und seinem Manifest.

Die meisten Aktiven der Lehrlingsgruppe wurden dann auch SDAJ-Mitglied; einige gingen später in die DKP. Ab 1970 mussten die ersten von uns zur Bundeswehr und waren auch dort

aktiv. Die Bewegung Soldat 70 wurde unterstützt und manch einer lernte das Arrestgebäude und den MAD kennen.

Einer der Höhepunkte war Silvester 1971 die Arbeiterjugendfete im Saalbau Deeg im Sandfeld. Unter dem

gen der Lehrlinge, die Gießener Presse beschrieb in einem Kommentar die Angst der Meister vor den aufmüpfigen Lehrlingen. In der Tat waren das tägliche Auseinandersetzungen in den Betrieben um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne.

Viele aus der Gießener Lehrlingsgruppe waren mittlerweile gewählte Betriebsräte, während die Studenten fertig studierten und ihren Marsch durch die Institutionen antraten; aber auf der anderen Seite von uns und oftmals als Vorgesetzte in den Betrieben. Irgendwann traf ich einen der Personalchefs des Konzerns, in dem ich 1973 den ersten Betriebsrat gegründet hatte. Ehemals aktiv in der 68er Bewegung berichtete er mit



30.4.1971: 250 kamen zur Arbeiterjugendveranstaltung im Saalbau Deeg, am Mikro v.l.: Fritz Vahle, Christiane Knauf und Lerryn (Diether Dehm)

Motto „*Mit Agit Prop und Beat gegen Ausbeutung in Schule und Betrieb*“ luden die Gewerkschaftsjugend und der Stadtjugendring! ein. Über 250 Teilnehmer diskutierten die Forderungen

verklärtem Blick von den tollen Demos seinerzeit. Ich beendete das Gespräch mit den Worten: Ich habe bis heute alles aus Überzeugung gemacht – und Sie? Helmut Appel

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortlich: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC: SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluss für Juli-Echo: Mi., 20. Juni



Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren und um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere ver-

schweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die Echo-Redaktion

Mittwoch, 6. Juni, 19.30 Uhr, Kino Traumstern in Lich

BEJARANO & MICROPHONE MAFIA

la vita continua

Eintritt: 15 Euro, erm.: 8 Euro, ab 10 Personen: 5 Euro

Info & Kartenreservierung: www.kuenstLich-eV.de

Donnerstag, 7. Juni, 19 h, DGB Haus, Walltorstr. 17, Dachsaal

Gewerkschaften und Menschenrechte in der Türkei

Sakine Esen Yilmaz, (ehem. Generalsekretärin Egitim Sen): Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Gewerkschafter-Verfolgung in der Türkei.

Joachim Legatis, (Journalist, dju in ver.di Hessen und Bündnis für Meinungsfreiheit in der Türkei): Journalisten-Verfolgung in der Türkei.

Düzgün Altun, (Bundesgeschäftsführung DIDF): Geostrategische und wirtschaftliche Interessen

Moderation: **Birgit Koch** (Landesvorsitzende der GEW Hessen)

Veranstalter: GEW Hessen und Gießen, ver.di Hessen FB 08, DIDF Jugend Gießen, DGB KV Gießen und Region Mittelhessen

Soli-Feier für Kuba

am Donnerstag, dem 21. Juni, ab 19 Uhr, im
DGB-Dachsaal

Es spricht:

Lisset Gonzalez, von der kubanischen Botschaft

Außerdem Musik, Cuba Libre und Mojito, Infostände...

Veranstalter: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, DKP und SDAJ Gießen



Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

10 Wochen

kostenlos testen

Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

info@unsere-zeit.de



news.dkp.de

www.dkp-hessen.de

www.dkp-giessen.de

DKP-Gießen auch bei facebook

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo

Abotelefon: 030 53 63 55 50



KP Israel zum Gaza-Massaker

Das Gaza-Massaker wird den Kampf des palästinensischen Volkes für die Freiheit nicht aufhalten

Die Kommunistische Partei Israels (CPI) verurteilt aufs Schärfste die Verbrechen der israelischen Besatzungsmacht gegen unbewaffnete palästinensische Demonstranten während des „Marschs für die Rückkehr“; Verbrechen, bei denen über 50 Menschen getötet wurden, darunter Kinder und Menschen mit Behinderungen. Dieses schreckliche Massaker wird den legitimen Kampf des palästinensischen Volkes um Freiheit, der seit 70 Jahren andauert, nicht aufhalten.

Die CPI verurteilt die offizielle Eröffnung der US-Botschaft in Jerusalem: „Dies ist ein provokativer Schritt, gegen den die Mehrheit der Nationen und Staaten der Welt, die Palästinenser und alle Friedenskräfte hier und

auf internationaler Ebene Einspruch einlegen. Dieser Schritt zeigt im Zusammenhang mit dem Rückzug der USA aus dem Nuklearvertrag mit dem Iran, wohin der reaktionäre Pakt zwischen Trump und Netanjahu zielt: den Ursprung des Konflikts in der Nahostregion zu verwischen und ihn vom Kampf gegen die israelische Besatzung und die US-amerikanische Hegemonie durch Ausklammerung der Palästinafrage in einen religiösen Konflikt zu verwandeln.

Die CPI ruft zu breiter Mobilisierung und Teilnahme an den Aktivitäten auf, die vom Komitee für die palästinensische Bevölkerung in Israel in den arabischen Dörfern und Städten organisiert werden, zur Massenmobilisierung der Anhänger von CPI, Chadasch

und der Kommunistischen Jugendliga für die im ganzen Land organisierten Aktivitäten. Die CPI ruft außerdem alle Friedenskräfte in Tel-Aviv und Westjerusalem dazu auf, gegen die Kriegsverbrechen zu protestieren und sich für einen gerechten Frieden einzusetzen mit dem Kern der Errichtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.

Die CPI appelliert auch an alle Bruderparteien und linken und fortschrittlichen Kräfte der Welt, die Solidarität mit dem palästinensischen Volk gegen die israelische Besatzung und ihre Verbrechen zu verstärken und die US-amerikanische Politik zurückzuweisen, die die gesamte Region in den Abgrund treibt. (16. Mai 2018)